

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. • Druckverrichtungen ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Ullverband Bochum.

Gewerkschaften und Wirtschaftskrise.

Aus der Rede Peter Grafmanns in der Reichstagsitzung am 10. Mai 1932.

Das Verlagen des kapitalistischen Systems.

Wenn man in der letzten Reichstagsdebatte die Redner sich zu den uns am schwersten auf der Seele liegenden Fragen äußern hörte, so vollzog sich das alles, ich möchte sagen, rein rechenmäßig mit der Rechenmaschine. Es wurden Begriffe aufgestellt, die anscheinend ihre ewige Bahn am Horizont verfolgen, unbekümmert darum, was aus dem Menschen wird. Wenn wir Äußerungen hören, wie sie der Abgeordnete Dr. Bang gemacht hat, die ungefähr lauten: Ursache alles Übels ist nicht das Kapital, sondern die Kapitalzerstörung; wenn wir uns gegenwärtigen, daß diese selbe Wirtschaft, dieses selbe Kapital sehr unwirtschaftlich, von seinen eigenen Interessen aus gesehen geradezu ruiniert wirtschaftet, dann sind solche Jeremiaden vor dem Forum des Reichstags aus wirklich deplaciert.

In der deutschen Wirtschaft, die angeblich nicht über den Tag hinwegkommt und von dem schwersten Bangen um die Zukunft erfüllt ist, werden heute zweieinhalbmal soviel Direktoren beschäftigt als vor dem Kriege, als es uns gut ging. In dieser verarmten Wirtschaft beziehen 100 000 Aufsichtsräte ungefähr so viel — wenigstens in den guten Jahren 1928, 1929 — wie die Gesamtzuschüttung der Dividende an die Aktionäre betrug, nämlich den Riesenbetrag von 1,5 bis 2 Milliarden Mark. In diesen Aktiengesellschaften, in denen also die Zuwendungen für die Leitung, die manchmal sehr ungeschicklich ist, nahezu 2 Milliarden Mark betragen, wurden 4 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die bei Vollarbeit für ihre Tätigkeit 8 bis 9 Milliarden Mark Einkommen hatten, in derselben Zeit, in der die wenigen Zehntausende von Aufsichtspersonen und sonstigen leitenden Beamten den vierten Teil des Betrages für ihre „aufreibende“ Tätigkeit in Empfang nahmen.

Wenn der Abgeordnete Gregor Straßer sagte, es sei durchaus abwegig, daß man immer von der Fehlleitung des Kapitals rede, daß es an sich sehr richtig sei, wenn man Kapital zu einem bestimmten Zweck an eine bestimmte Stelle bringt, denn dann arbeite es ja — so haben wir gegen eine derartige Verwendung von Kapital nichts einzuwenden. Nur ist die Formulierung falsch! Unter Fehlleitung des Kapitals verstehen wir die Hereinnahme unter Umständen sehr drückender Kapitallasten für Einrichtungen, die in ganz kurzer Zeit einjrieren, die also anderen Stellen, wo das Kapital wirklich rentabel hätte gemacht werden können, die notwendigen Gelder entziehen. Aus der Fülle derartiger Fehlgriffe sollen nur zwei hervorgehoben werden:

Mitte Januar 1932 nahm der Stahltrust eine neue Zentralschachtanlage auf der Zeche Zollverein in Betrieb, deren Bau etwa 70 Mill. M. gekostet hat. Wirtschaftliches Ergebnis? Eine neue Schachtanlage des Stahltrusts, die zwar 1200 Arbeiter erspart; aber die Zinskosten belaufen sich auf ein Vierfaches dieser Ersparnis! Ich will vom sozialen Charakter, ich will vom gesellschaftlichen Charakter einer solchen Maßnahme überhaupt nicht reden, ich will die Sache nur wirtschaftlich anprangern.

Ein zweiter Beweis: Der Zechenkonzern Ewald hat Ende 1931 eine neue Anlage fertiggestellt, bestehend aus einer großen Schachtanlage mit 1 Million Tonnen Förderleistung, mit einer modernen Großfokierei und einer angegliederten Städtstofffabrik. Die Kosten betragen 90 Mill. M., finanziert mit kurzfristigen Auslandsanleihen. Der Ewaldkonzern läßt — und nun kommt wieder das Charakteristische — in seiner neuen Schachtanlage zwei Monate lang mit Hochdruck Kohlen fördern, und zwar, um den Leistungsnachweis zu erbringen, damit er eine entsprechende Quote bekommt, obwohl diese Kohle nicht verkauft, sondern auf Halben gelegt wird. Aber nicht wahr, man muß sich keine Anwartschaft, seine Quote beim Kohlenprodukt sichern! Da sich herausstellt, daß die neue Schachtanlage infolge schlechter Ausnutzung wesentlich höhere Förderkosten hat als die alten Schächte, wird sie stillgelegt. Die Kokerei kann nicht ausgenutzt werden, die Städtstofffabrik nur mit einem Drittel ihrer Kapazität. Man hat den Fall der Gewerkschaft Ewald geradezu als einen klassischen Schulfall maßvoller Investition bezeichnet.

Die Bemberg-WG. in Siegburg baut eine neue Kunstseidenfabrik. Der Rohbau ohne die Maschineneinrichtung kostete 5 Mill. M. Diese Fabrik ist gar nicht erst in Betrieb genommen worden. Sie steht heute meistbietend zum Verkauf. Wirtschaftl. Horatio, Wirtschaft!

Das Institut für Konjunkturforschung, eine gewiß unverdächtige Quelle, sagt in seiner Industrieberichterstattung, daß im März 1931 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Verhältnis der Arbeitsstundenkapazität 45,1 Prozent und im März dieses Jahres 34,9 Prozent betrug. Also eine unverantwortliche Vergeudung von Produktionsanlagen, die nach dem Sinken der Produktivität und nach dem Sinken der Absatzmöglichkeiten zum großen Teil mit unendlichen Kosten, mit unendlichen Auslandsschulden erst hergestellt worden sind.

Wenn man das Sinken des Verbrauchs als ein Merkmal der Verarmung unseres Volkes bezeichnen kann, dann

darf ich an einigen nicht absolut zum Leben notwendigen Gütern in bezug auf die Verbrauchsmenge folgendes feststellen: In 1000 Tonnen gerechnet betrug der Verbrauch vom Januar bis März 1931 in Zucker 276, Januar bis März d. J. 236, in Kaffee im vorigen Jahre 45, in diesem Jahre 35, in Süßfrüchten im vorigen Jahre 234, in diesem Jahre 182. In seinem Wochenbericht vom 13. April d. J. führt das Institut für Konjunkturforschung folgendes aus:

„Bis in das Jahr 1931 hinein sank nur allein die Produktion an Gütern des elastischen Bedarfs, d. h. also jenes Bedarfs, dem man ausweichen kann, den man nicht unmittelbar zum Leben braucht, dessen Gewinnung, dessen Kauf eine Zeitspanne zurückgestellt werden kann. Seit Mitte 1931 ist umgekehrt die Produktion der Güter des starren Bedarfs stärker vom Rückgang erfaßt worden. Dieser Wechsel in den Kräfteverhältnissen zeigt die besondere Schwere der gegenwärtigen Depression. Die letzte Referve auf der Verbrauchsseite, der Verbrauch an Gütern des starren Bedarfs, ist in dem Abwärtigen einbezogen.“

Wir sehen, daß die fortgesetzten Lohnsenkungen, die immer von einem Anschwellen der Arbeitslosenziffer begleitet waren, heute neben all den Drosselungsmaßnahmen der Länder und der Gemeinden zu einem Zustand geführt haben, der so schlimm ist, daß jeder Deutsche von Scham erfaßt sein müßte. Wir sehen heute in Deutschland eine Erscheinung, die wir vor dem Kriege als ein Charakteristikum des Orients betrachtet haben, eine Zunahme des Bettels, die zu einer öffentlichen Kalamität für den ruhigen Spießer geworden ist. Sie können heute in Berlin in den Verkehrsstunden keinen Niedergang zur Untergrundbahn benutzen, ohne auf Bettler zu treffen. Sie finden in den Hauptverkehrsstraßen, Sie finden an den belebtesten Straßenecken heute Leute stehen, die um Almosen bitten, und Sie finden von Tür zu Tür gehend Leute, denen es ein fürchtbares Opfer bedeutet, daß sie in dieser entsetzlichen Not die Hilfe ihrer Mitbürger in Anspruch nehmen müssen. Wir haben feststellen müssen, daß es sich hier nicht um eine Einzelercheinung vielleicht der Großstadt Berlin und anderer Großstädte handelt. Berichte, die uns zugegangen sind, weisen darauf hin, daß infolge des Mangels an Mitteln der Gemeinden, die ihre Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nicht ausreichend unterstützen können, es heute dazu gekommen ist, daß im Westerland Erwerbslose in Massen seit Wochen und Monaten sich ihren notwendigen Lebensunterhalt erbetteln. In Baden hat sich eine Notgemeinschaft gebildet, die einen Hilferuf an die gesamte badische Bevölkerung erlassen hat mit dem Hinweis, es gäbe Familien, die wochenlang ohne Brot sind. Ähnliche Nachrichten kommen aus dem Murgtal, aus dem Wiesental, aus der Haardt, aus der Gegend von Mannheim, aus dem Thüringer und aus dem Bayerischen Wald.

Und was haben uns die Vertreter der Wirtschaft, die heute und gestern auch zu Worte gekommen sind, an Lushilfen zu sagen gehabt? Nichts! Sie haben die Notmaßnahmen bemän-

gelt, die die Regierung ergriffen hat, um den Sozialetat einigermaßen in Gang zu halten. Sie haben uns im übrigen begreiflich gemacht, daß es eben Dinge und Begriffe gäbe, wie Wirtschaft und Geld, die gewissermaßen als ewige Einrichtungen vorhanden seien, an denen nichts zu ändern wäre, die ihren eigenen Gesetzen unterlägen, denen sich nun das arme Wurm Menschheit anpassen müsse. Welche fürchterliche Bankrotterklärung liegt in diesem Armutszeugnis, das hier ausgesprochen wird! Die Leute, die vor aller Welt als die Leiter der Banken, der Finanzgeschäfte angesehen wurden und sich selber damit groß getan haben, geben zu, daß das richtig ist, was Keynes vor kurzem geschrieben hat: „Mein eigenes Urteil geht dahin, daß die Bankiers der Welt zum Selbstmord entschlossen sind.“ An einer anderen Stelle sagt Keynes: „Es ist offensichtlich, daß die Gegenwartstendenzen sich nicht viel weiter fortsetzen können, ohne daß etwas zerbricht. Ich bin nicht ganz sicher, daß die wirklich kritischen Zusammenbrüche nicht bei den Banken erfolgen.“

Ein ebenfalls unverdächtig Zeuge, Professor Ritschl, sagt in dem Sammelwerk „Moderne Organisationsform der öffentlichen Unternehmung“: „Diese Mißstände, die Ueberzeugung des Verbrauchs, das Verschleudern der Schätze des nationalen Bodens und des Produkts der nationalen Arbeit im Dumping, die unerhörte Verschärfung der Konjunktur verlangen gebieterisch eine durchgreifende Aenderung des Systems.“ Er verlangt als Auswirkung seiner Beweisführung zum mindesten die Vergesellschaftung des Bergbaues.

Um das Bild abzurunden, gebe ich noch das Urteil eines Mannes wieder, der in allen Kreisen Vertrauen genießt, den man als den Prototyp eines soliden Geschäftsmannes ansprechen kann, denn er hat den berühmten Juar Kreuger zu einer Zeit herausgeschmissen, als dieser noch in aller Welt als das Finanzgenie der Welt angesehen wurde. Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, hat in einem Brief an den Gouverneur der Bank von Frankreich im August vorigen Jahres geschrieben:

„Wenn keine radikalen Maßnahmen ergriffen werden, um das kapitalistische System zu retten, dann wird es binnen einem Jahr in der ganzen zivilisierten Welt zerstört sein. Ich wünsche, daß diese Prophezeiung aufgezeichnet werde, damit man sie zu gegebener Zeit nachprüfen kann.“

Das Ergebnis all dieser falschen, ihrem ganzen Wesen nach notwendig fehlerhaften Maßnahmen der sogenannten Wirtschaft ist eine zunehmende Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine politische, sondern nach meinem Dafürhalten auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet und die gegenüber dem einzelnen das Unmenschliche darstellt, was man sich denken kann. Ich möchte, genau wie wir es vor einigen Wochen auf unserem Krisenkongreß getan haben, die beschämende Tatsache feststellen, daß die deutsche Öffentlichkeit anscheinend gegen die Not der Arbeitslosen völlig abgestumpft ist, daß sie die gelegentlichen Veröffentlichungen über den Stand der Arbeitslosigkeit mit derselben Gleichgültigkeit hinnimmt wie die Wetterberichte, daß nicht eingesehen und nicht voll gewürdigt wird der furchtbare Jammer des einzelnen und seiner Familie, das physische und psychische Zugrundegehen des Individuums und die ungeheure gesellschaftliche — abgesehen von der politischen — Gefahr eines Zustandes, der, je länger, je mehr sich in einem Maß auszuweiten muß, das nicht mehr zu drosseln ist.

Das Krisenprogramm der Gewerkschaften.

Ein Vertreter der äußersten Rechten, der Abgeordnete Gregor Straßer, hat ein Hellenepos vorgetragen über die Art, wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sich die Linderung der Not denkt. Sie habe sich jetzt entschlossen, nicht zu warten, bis sie in den Besitz der Macht komme, sondern sie will das bis dahin sorgfältig gehütete Geheimnis dessen, was sie tun wolle, heute schon auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen und preisgeben. Demgegenüber darf ich daran erinnern, daß die von dieser Seite so viel geschmähten freien Gewerkschaften und die übrigen Gewerkschaften sowie die Sozialdemokratische Partei seit mehr als zwei Jahren unausgesetzt an allen Stellen gewirkt und gebohrt, gemahnt und gefordert haben, rechtzeitig einzugreifen, ehe die Arbeitslosigkeit mit ihren schrecklichen Folgewirkungen sich zu einer solchen Lawinengefahr ausmache.

Die Forderungen der letzten Jahre.

Im Januar 1930 haben die Spitzengewerkschaften eine planmäßige Arbeitsbeschaffung, im Februar ein Verbot der Ueberstunden und Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Im Mai 1930 wurde auf einer großen Kundgebung eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden gefordert. Man hat darauf hingewiesen, es sei notwendig, die Auftragserteilung zu rationalisieren, es sei ein volkswirtschaftlich unerhörter Zustand, daß in einer Zeit, in der Aufträge aus der Privatwirtschaft noch einigermaßen für Beschäftigung sorgten, mit Ueberstunden gearbeitet werde, während nach Ablauf der Lieferungsfristen dieser Aufträge keine Möglichkeit vorhanden sei, solche der öffentlichen Hand zu erteilen.

Im Februar 1931 sind die Spitzengewerkschaften beim Reichspräsidenten gewesen. Sie haben ihm als dringendste Gegen-

wartsaufgabe vorgestellt die Wiedereinfügung der Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und haben zusätzlich die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand gefordert. Wir haben dieses Programm im Sommer vorigen Jahres auf unserem Kongreß in Frankfurt erweitert, wo wir den Gedanken aufgriffen, den der — und die deutsche Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteirichtung wird sich dieser meiner Trauer anschließen — leider allzufrüh dahingeschiedene Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, mit der ganzen Energie, die ihm innewohnte, und mit dem ganzen Eifer der Begeisterung, über die er verfügte, durchzusetzen versuchte, eine Arbeitsbeschaffung mit internationaler Kreditbeschaffung, eine Aufgabe, die unseren deutschen Arbeitsmarkt jedenfalls wesentlich zu unseren Gunsten entlastet hätte.

Wir haben es auf unserem Krisenkongreß am 13. April bei der Feststellung des derzeitigen Zustandes als einen Skandal bezeichnet, daß angesichts einer Arbeitslosenziffer von mehr als sechs Millionen in Deutschland in gewissen Erwerbszweigen immer noch über 48 Stunden gearbeitet wird und darüber hinaus vielfach sogar noch Ueberstunden gemacht werden, daß den Arbeitslosen und den zum Teil viele Jahre Arbeitslosen — mir ist bekannt, daß es in der Schuhindustrie Zehntausende gibt, die seit sechs Jahren ununterbrochen arbeitslos sind! — von Pensionären und Doppelverdienern das Brot weggenommen wird.

Wir haben als Schlußfolgerung dieser Beurteilung der Lage erklärt, daß zur Arbeitsbeschaffung auch die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten gehört, und daß all das, was an Einwänden und Bedenken aus Unternehmerkreisen erhoben wird und was bisher auch für das Zögern der Reichsregierung maßgebend gewesen

Ist, nicht zutreffend ist: all die Bedenken, die dahin gehen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Steigerung der Produktionskosten nach sich ziehe, während Kostensenkung die einzige Hilfe sei.

Nach, seit Jahr und Tag hat man aus derselben Ideenwelt heraus die Löhne gesenkt und dabei als einziges Ergebnis erzielt, daß die Arbeitslosenziffern gestiegen sind, und daß es der Wirtschaft immer schlechter gegangen ist.

Der Krisenkongreß der Gewerkschaften hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, von denen wir uns eine unmittelbare Wirkung versprechen.

Die Not der arbeitslosen Jugendlichen.

Es ist notorisch, daß heute das jüngere Element den größeren Anteil der Beschäftigungslosen abgibt, nicht nur vielleicht aus philantropischen Erwägungen der Arbeitgeber heraus.

Worin liegt die Ursache? Ein guter Teil dieser jungen Leute, die heute zu den beweglichsten, aber auch zu den am meisten Gefährdeten gehören, reagieren menschlich auf einen von ihnen im tiefsten als ungerecht empfundenen Zustand so, daß sie sich sagen: Warum soll ich mich an irgendwelche menschlichen Gesetze binden, wenn umgekehrt die anderen mir gegenüber das menschliche Gesetz der Selbsterhaltung nicht achten?

Die Verkürzung der Arbeitszeit.

Wenn meine Partei und die Gewerkschaften zu sehr drastischen Vorschlägen gekommen sind, um der Arbeitslosigkeit fühlbar zu Leibe zu gehen, und zwar binnen kürzester Frist, so aus dem Grunde, weil wir der Meinung sind, daß gegenüber der gigantischen, der über alles menschliche Vernunftmaß hinausgehenden Rationalisierung selbst ein Anzischen der Konjunktur angesichts der vorhandenen mechanischen Apparats, angesichts aller der Einrichtungen und Methoden, die man mit dem Sammelnamen „Rationalisierung“ umreißt, ein gut Teil der Arbeitslosen übriglassen würde.

Bei dieser Umwälzung sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften der Meinung, daß die Arbeitszeit angesichts des ganzen technischen Apparats und angesichts der arbeitssparenden Methoden weit unter 40 Stunden kommen könnte.

Selbst dann — ich habe vorher schon an dem Beispiel der Schuhindustrie darauf hingewiesen —, wenn es uns gelänge, im Zeitraum von vielleicht zwei, drei Monaten durch irgendein unvorhergesehenes Wunder in der Welt — sagen wir ausdrücklich Wunder — eine Konjunktur in Deutschland hervorzurufen, die ungefähre der von 1929 gleiche, selbst dann würden wir die vorhandene maschinelle industrielle Apparatur, die sogenannte Wirtschaftskapazität, nur bis zu einem Maße von 75 Prozent ausnützen können.

Unter dem Gesichtswinkel dieser unerhörten Opfer haben wir den Mut gefunden, unseren Mitgliedern nach all dem Vorkaufgegangen eine Arbeitszeitverkürzung bis auf höchstens 40 Stunden zuzumuten.

Wir müssen allerdings verlangen, daß diese Verkürzung der Arbeitszeit mit einem Einstellungszwang verbunden ist. Denn daß dieses ungeheure Opfer, das die Arbeiterschaft auf sich nehmen soll, womöglich noch mit einem Gewinn auf der anderen Seite verbunden werden soll, daß man sich in den Glauben wiegt, man könnte mit einer verkürzten Arbeitszeit dasselbe Arbeitsquantum erreichen, diesen Glauben müssen wir energisch zerstören.

Die öffentlichen Gewalten können an solchen Dingen unmöglich vorbeigehen. Es ist beispielsweise unmöglich, daß bei der Reichsbahn die Arbeitszeit einer ganzen Reihe von Arbeitergruppen der Arbeitszeit oder, wenn Sie wollen, der Arbeitsbereitschaft der Beamten angegliedert ist.

Die Arbeitsbeschaffung.

Wir haben auf dem Krisenkongreß gleichzeitig mit der Forderung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für alle Erwerbschichten ohne Ausnahme auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt.

Wir wollen eine möglichst zweckmäßige und billige Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes. Die Kosten der Straßenbedekeneinstandhaltung in Deutschland betragen jährlich zwischen 30 und 60 Pf. je Geviertmeter.

Wir wollen Arbeiten zum Schutz bei Hochwasser-gefahr. Wir wollen, daß dem Kleinwohnungsbau namentlich im Hinblick auf die verzweifeltsten Verhältnisse in den Baugebieten, in denen bis über 90 und 92 Prozent Arbeitslose vorhanden sind, und in denen auch der Anbruch der milderen Witterung infolge der ungenügenden Mittel, die für den privaten Wohnungsbau zur Zeit vorhanden sind, keine fühlbare Besserung gebracht hat, stärker geholfen wird.

Wir sind ebenfalls der Meinung und haben vor Jahren schon gewünscht, daß landwirtschaftliche Meliorationen größeren Ausmaßes erfolgen sollen.

Wir haben die Zuversicht, daß dieser Plan die Beschäftigung von 900 000 bis 1 000 000 Arbeitslosen mit zusätzlicher Arbeit auf die Dauer eines Jahres ermöglicht. Wir sind der Meinung, daß die Kostenrechnung, die dafür in Frage kommt — ein Betrag von zwei Milliarden Mark —, besser angewendet wird, als wenn man diesen Betrag vielleicht für Tumultskaden ausgeben müßte.

Das es sich hier nicht um ein Projizieren ins Blaue hinein handelt, sondern um einen wohlüberlegten Plan, möchte ich damit betonen, daß schon im Anschluß an die Rotverordnung vom 8. Dezember vorigen Jahres die hierfür zuständige Behörde, der Reichswirtschaftsrat, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beraten hat.

Arbeitsdienst.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort über den Arbeitsdienst. Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind Gegner des Arbeitsdienstpflicht. Sie sehen auch im freiwilligen Arbeitsdienst nur die Möglichkeit der vorübergehenden Beschäftigung und Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser.

In Frage kommt in Form der zusätzlichen Arbeit für Jugend als ungelernete Arbeiter, nie für verheiratete, nie für ältere Arbeiter.

Der Abgeordnete Straßer hat die Arbeitszeitverkürzung als die Ausdehnung des Elends der Erwerbslosen auf die Arbeitenden bezeichnet, also eine Art Generalisierung des Elends selbst.

Die Entwicklung des Arbeitseinkommens nach der Statistik der Invalidenversicherung.

Der kürzlich veröffentlichte Bericht der Invalidenversicherung über die vereinnahmten Wochenbeiträge nach Lohnklassen gibt einen, wenn auch nur ganz annähernden, so doch sehr interessanten Einblick in die Entwicklung des Arbeitseinkommens.

Jahr	24 M. u. weniger	Über 24 M.
1928	46	54
1929	45	55
1930	47	53
1931	52	48

Ueber die Hälfte aller Versicherten verdienen also 24 Mark und weniger wöchentlich.

Besonders interessant ist es, die Entwicklung nach Bundesländern während der letzten beiden Jahre zu betrachten. Die folgende Tabelle gibt die Entwicklung für die Landesversicherungsanstalten (unter Ausschluß also der Reichsbahn-, Seeverkehrs- und Knappschaftsversicherung).

Landesversicherungsanstalten	24 Mark und weniger 1930	Über 24 Mark 1930	24 Mark und weniger 1931	Über 24 Mark 1931
Ostpreußen	76	24	77	23
Berlin	36	64	39	61
Brandenburg	60	40	66	34
Pommern	69	31	72	28
Grenzmark Posen-Westpreußen	79	21	83	17
Schlesien	67	33	71	29
Sachsen-Anhalt	54	46	59	41
Schleswig-Holstein	53	47	57	43
Hannover	53	47	59	41
Belfalen	46	54	52	48
Hessen-Nassau	43	57	49	51
Rheinprovinz	39	61	45	55
Oberbayern	58	42	61	39
Niederbayern	76	24	80	20
Bayern	46	54	50	50
Oberpfalz	64	36	70	30
Oberfranken	55	45	62	38
Mittelfranken	51	49	60	40
Unterfranken	55	45	60	40
Schwaben	58	42	64	36
Sachsen	47	53	53	47
Württemberg	49	51	56	44
Baden	48	52	54	46
Hessen	50	50	55	45
Westfalen	67	33	71	29
Thüringen	55	45	62	38
Hamburg	57	43	60	40
Braunschweig	50	50	55	45
Hansestädte	33	67	36	64

In sieben Landesversicherungsanstalten verdienen mehr als zwei Drittel aller Versicherten nur 24 Mark pro Woche oder weniger. In Ostpreußen, Schlesien, Niederbayern verdienen sogar vier Fünftel und mehr aller Versicherten nur 24 Mark oder weniger pro Woche.

In keiner einzigen Landesanstalt verdienen zwei Drittel aller Versicherten mehr als 24 M. pro Woche. Der höchste Durchschnittsverdienst findet sich in den Hansestädten und in Berlin.

Die bedeutendsten Einkommensenkungen finden wir in Brandenburg (ausschließlich Berlins), Grenzmark, Posen-Westpreußen, Hannover, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Schwaben, Württemberg und Thüringen.

Das heißt nichts anderes, als daß diejenigen, die an sich schon wenig verdienen, weit stärker durch Lohnsenkungen usw. getroffen wurden, als diejenigen, die etwas mehr verdienen. Die Vermögen der Armen wurden am schwersten getroffen, ihr Durchschnittsverdienst sank am stärksten.

Einkommensklasse	Prozent
bis 6 M.	3,1 Prozent
über 6 bis 12 M.	14,0
über 12 bis 18 M.	18,7
über 18 bis 24 M.	16,1
über 24 bis 30 M.	9,9
über 30 bis 36 M.	8,0
über 36 M.	30,2

Mehr als ein Sechstel aller Versicherten hatten also ein Wochenlohn von nur 12 M. oder noch weniger betragen. Das Bild der Verelendung, das sich aus diesen Angaben ergibt, ist für jeden, der Zahlen zu lesen versteht, ein graufiges!

Das Seilfahrtunglied auf der Zeche Dorstfeld.

Unsere Mitteilungen in der vorigen Nummer zur Schuldfrage haben die Gemüter wachgerüttelt. Weniger in Kreisen der beteiligten Belegschaft, da dort die Vorgänge größtenteils bekannt waren und wir von dort aus auch unsere Informationen bezogen. Aber die Tagespresse beschäftigt sich sehr eifrig mit unseren Angaben und auch die Seilprüfungsstelle der Berggewerkschaftsklasse in Bochum sah sich zu einer Erklärung veranlaßt. Es ist allerdings richtig, daß sich die Prüfung der Seilprüfungsstelle nur auf das Förderseil bezog. Wir haben das Gegenteil aber noch gar nicht behauptet; gegenteilige Ansichten sind in der Tagespresse herausgewachsen. Wenn dem kontrollierenden Beamten aber nebenbei auch die Unregelmäßigkeit in der Beschaffenheit des Zwischengeschirrs aufgefallen ist, so ist es zweifelhaft, ob es richtig war, daraus keine Befürchtung des Betriebes zu erwarten. Heute wird wohl kein Streit mehr darüber bestehen, daß diese Unregelmäßigkeit auf einen bereits vorhandenen Defekt zurückzuführen war, nämlich auf ein Ausrollen mindestens des einen Schraubengewindes.

Beigefügt bringen wir eine schematische Zeichnung des betreffenden Zwischengeschirrs. Wie schon gesagt, schienen die beiden Schraubenbolzen der Längenausgleichsvorrichtung bei der erwähnten Prüfung ungleichmäßig angezogen zu sein. Bei dem Versuch in der folgenden Nacht, die Längen auszugleichen, fand man die eigentliche Tragmutter (d. i. die oberste an jedem Bolzen) fest auf dem Bolzen sitzen. Sie ließ sich nur schwer nach oben bewegen. Die nachfolgende Kontermutter lag dagegen so lose auf, daß sie sich überhaupt nicht mehr anschrauben ließ. Man behalt sich mit dem schon erwähnten Schellenband, damit die Mutter nicht von selbst abrutscht. Aus diesem Vorgang muß man unbedingt schlussfolgern, daß auch die obere Mutter vollkommen im Rost lag. Bei ihrem Hochdrehen fiel der Rost an den unteren frei gewordenen Windungen ab, so daß die Kontermutter keinen Halt mehr fand. Das bestätigt auch die Beschaffenheit der Schraubenbolzen nach dem Unglück. Sie zeigen deutliche Spuren schimmer Abrostung. Die Gewindefläche ist an ihren äußersten Rändern teilweise ganz spitz ausgerostet. Hllichgemäß muß die Bergbehörde, wie es auch in der Tagespresse zum Ausdruck gekommen ist, auch nach den abgestreiften Schraubenmutter, die wahrscheinlich im Sumpf liegen, suchen. Werden sie gefunden, dann wird man, falls sie durch den über 800 Meter tiefen Fall im Schacht nicht deformiert sind, bestimmt ähnliche Merkmale feststellen können.

Nun wird das Zwischengeschirr naturgemäß oben an der Hängebahn am stärksten belastet; denn es hat dort nebst dem Förderkorb auch noch das ganze Gewicht des Unterseils zu tragen. Die Gesamtbelastung beträgt an dieser Stelle etwa 30 T o n n e n. Hätte man nun in der Nacht an den Schrauben nicht herumgejammelt, dann wäre das Unheil vielleicht einige Stunden oder auch noch einige Tage länger zurückgehalten worden. Wir sagen „heimgesummt“; denn eine sachgemäße Arbeit war das nicht. Es hat ganz gewiß an der notwendigen Kontrolle überhaupt gemangelt, sonst hätte der Rost nicht solche Verheerungen anrichten können. Als man aber diesen Zustand vorfand, hätte man unbedingt die Förderung bis zum Einbau neuer Schrauben stilllegen müssen.

Die Vorschriften für die Seilfahrt sind durch eine „Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt“, die am 21. Juli 1927 erlassen wurde, für ganz Preußen einheitlich geregelt. Wir geben die hier in Frage kommenden wesentlichsten Bestimmungen wieder. So wird im § 22 über die Auftriegszeit der Seile bestimmt: (Wir bemerken vorweg, daß es sich um eine Koepeförderung handelt. Die wichtigsten Begriffe drucken wir gesperrt.)

1. Die Auftriegszeit darf bei Bandseilen ein Jahr, bei Koepe seilen zwei Jahre betragen; eine Verlängerung der Auftriegszeit ist nach Prüfung jedes einzelnen Falles mit Genehmigung des Oberbergamts zulässig.

2. Ausnahmeanträgen zur Verlängerung der Auftriegszeit sind die bildlichen Darstellungen beizufügen.

§ 36 schreibt eine Fängvorrichtung vor: „In jedem zur Seilfahrt dienenden Förderkorb muß eine Fängvorrichtung eingebaut sein.“

Ueber die Zwischengeschirre sagen die §§ 37 und 38 folgendes:

§ 37. 1. Die Verbindungsstücke müssen wenigstens eine zehnfache Sicherheit im Verhältnis zur statischen Höchstbelastung bei der Güterförderung gemähren, soweit nicht bei der Genehmigung für einzelne Teile des Zwischengeschirrs höhere Sicherheiten festgesetzt werden.

2. Ueber das für die Verbindungsstücke verwandte Material ist eine Werksbescheinigung beizubringen; ferner ist eine Bescheinigung über die erfolgte Probebelastung des ganzen Zwischengeschirrs beizubringen.

§ 38. 1. Für jede Seilfahrtanlage müssen bei Koepeförderung zwei Ersatzzwischeneschirre, bei Trammelförderung ein Ersatzzwischeneschirr vorhanden sein.

2. Für Schächte, die mehrere Seilfahrtanlagen mit Zwischeneschirren gleicher Art enthalten, genügen bei Koepeförderung zwei Ersatzzwischeneschirre, bei Trammelförderung ein Ersatzzwischeneschirr; das gleiche gilt für räumlich nahe beieinanderliegende Schächte, wenn sie unterirdisch miteinander in Verbindung stehen.“

Das Fehlen der sogenannten Sicherheitsketten, das hier eine große Rolle spielt, findet im § 39 folgende Regelung:

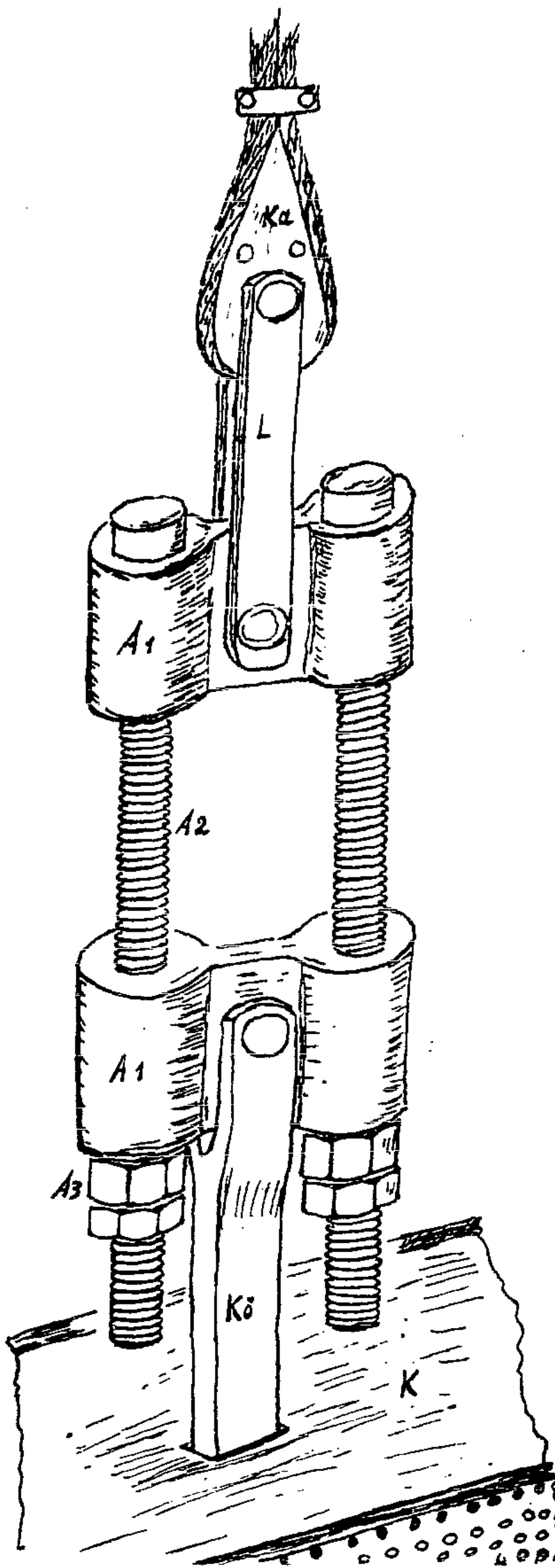
1. Bei Verwendung von Königsstangen und Belastungen unter 10 To. müssen Notketten vorhanden sein.

2. Die Notketten müssen eine wenigstens fünfzehnfache Sicherheit gemähren.“

Bei diesen Notketten handelt es sich um Verbindungen zwischen der Kaulche und dem Förderkorb als Sicherung gegen Brüche im Zwischengeschirr. Auf unserem Bild sind oben an der Kaulche zwei Löcher angedeutet, in die normalerweise die Ketten befestigt werden. Man nimmt entweder zwei Ketten, die je an jeder Längsseite oder auch vier Ketten, die an den vier Ecken des Fördergestells befestigt werden. Man kann über die Notketten denken wie man will, wir selbst halten auch nicht viel da-

von, besonders bei so schweren Lasten. Eine Kette ist immer ein unsicherer Faktor. Uebrigens brauchten bei den hier in Frage kommenden schweren Lasten, die wir schon eingangs mit etwa 30 To. angegeben haben, gemäß § 39 B.V. keine Notketten vorhanden zu sein. Aber selbst wenn man die Ketten als etwas Zweifelhafte ansieht, so sind wir doch der Meinung, daß sie in diesem Falle höchstwahrscheinlich das Unglück hätten verhüten können. Denn wenn die Ketten regelrecht angebracht gewesen wären, dann hätten sie die Last bereits auffangen müssen, noch ehe die Schraubenmutter vollkommen von den Bolzen abgestreift waren. Voraussetzung ist allerdings, daß man solchen Ketten auch die notwendige Beachtung schenkt und nicht so verfährt wie auf Dorstfeld. Vor einigen Monaten nämlich fand ein Betriebsauschussmitglied eine der beiden Ketten am Korb losgelöst vor. Sie hing nur noch an der Kaulche und baumelte hin und her. Er ließ anhalten und machte sie mit starkem Draht der Not halber am Korb wieder fest, meldete ferner sofort seinen Befund der zuständigen Aufsichtsperson. Die Aufsichtsperson scherte sich um die Meldung nicht und kurz darauf hatte man

Schematische Darstellung des betreffenden Zwischengeschirrs.



- Ka = Kaulche mit Seilabond.
- A = Längenausgleichsvorrichtung. Davon:
 - A 1 die beiden Querträger ober auch Traberien genannt;
 - A 2 die beiden Schraubenbolzen oder Spindeln;
 - A 3 die Schraubenmutter.
- Kö = Königsstange.
- K = Anbeutung des Korbbodens.

eine Karambolage im Schacht, da der Draht selbstverständlich nicht in der Lage war, die hin- und herfliegende zentner schwere Seilerschlinge ganz oder teilweise zu fassen, können die Seile verpleißt werden. (Schluß folgt.)

Aber warum müssen es Ketten sein? Man kann doch so gut kurze Seile nehmen, und um auch hierbei die Seilerschlingen ganz oder teilweise zu fassen, können die Seile verpleißt werden. (Schluß folgt.)

25 Jahre gewerkschaftliche Steigerbewegung.

Die Gründung des Deutschen Steigerverbandes im Mai 1907 erfolgte, fiel in eine Zeit häßlicher Reaktionen im Ruhrbergbau. Ein bis aufs Blut ausgebeuteter, geschundener und geplagter Berufsstand schloß sich spontan zu einer Abwehrbewegung gegen seine Unterdrücker zusammen. Es waren weniger materielle Fragen, welche die große Unzufriedenheit unter den Steigern auslösten, sondern die überaus schikanenartige Behandlung durch ihre Vorgesetzten. Der Zechenkapitalismus war um die damalige Zeit in jeder Hinsicht allmächtig. Er stand ihm zu Diensten und war ihm untertan: Bergbehörden, Polizei und Justiz. Eine hemmungslose Ausbeutung der Bergarbeiter erforderte eine struppellose Antreibergruppe. Diese Rolle war den Steigern zugedacht, und in diesem Sinne sollten gedrillt werden. Bergwerksdirektoren, Grubeninspektoren, Betriebsführer lagen dieser „Erziehungsaufgabe“ mit besonderer Eile ob. Die Bergbehörden, insbesondere die Bergrevierbeamten, leisteten willige Hilfsleistung. Die mittelalterlichen Bestimmungen des Berggesetzes von 1865 boten eine jämmerliche Handhabe, durch beliebige Zu- oder Aberkennung der Qualifikation, die Steiger zu willenlosen Werkzeugen ihrer Arbeitgeber zu machen. Strafschichten, Brückendienst, 14- bis 16stündige Arbeitszeit, ungezählte Sonntagschichten, Prämienstreichungen und viele andere Schikanen waren die weiteren Erziehungsmittel der Zechengewaltigen.

Unter dem Motto: „Dem Steiger sein Recht!“ sammelte Kollege Georg Werner, damals noch Steiger auf Zeche Mühl, seine Berufskollegen zur gemeinsamen Abwehr. Es hörte damals ein großer Mut dazu, gegen den Stachel zu sein. Werner bezahlte seine beherzte Tat sofort mit dem Verlust seiner Stellung. Das hinderte ihn aber nicht, nun mit doppeltem Eifer für das Recht seiner Kollegen zu kämpfen. Und nun setzte eine wahre Christenverfolgung der Bergwerksunternehmer gegen den Steiger ein, die im Verbaute stand, dem Steigerverband zugehören. Um in den Besitz der geheim geführten Mitgliedslisten des Verbandes zu kommen, schmeißt man selbst vor den meinsten kriminellen Defiziten nicht zurück. Ein Spieß der politischen Polizei in Essen — ein typischer Achtgroßentunsel — verübte einen Einbruchsdiebstahl in die Wohnung des Kollegen Werner und stahl die Listen. Der Bergbauverein finanzierte diese saubere Tat. Die anschließenden Gerichtsverhandlungen entrollten ein unglaubliches Bild skandalöser, korrupter Schandtaten und bleiben ein ewiger Schandfleck der Geschichte des Ruhrbergbaues.

Und trotzdem: Die einmal eingeleitete Bewegung konnte nicht mehr ausgemerzt werden. Der Steigerverband schloß sich später dem Bund der technischen Angestellten und Beamten an und der Kampf gegen das Zechenkapital konnte nun auf breiter Basis durchgeführt werden. Mancher alte Steiger denkt heute mit Grauen an die Hottentottzeit des Ruhrbergbaues zurück in dem Bewußtsein, daß durch die politische Umwälzung im Jahre 1918 und mit Hilfe der Gewerkschaften vieles anders und besser geworden ist. Aber man soll sich nicht täuschen! Heute ist das Koalitionsrecht der Bergbauangestellten an der Ruhr wieder in größter Gefahr und das Wiederaufleben eines Zechenbestiemen wilffährigen Staatsgebildes in bedrohliche Nähe gerückt. Die Mehrheit der Zechendirektoren und sogenannten oberen Beamten wünscht jene Zustände, wie sie vorher geschildert sind, wieder schnellst herbei. Mit Hilfe der Gelben und der faschistischen Elemente arbeiten sie wieder auf eine geistige Verflawung ihrer Angestellten hin, und in der Ausweitung ihrer Mittel sind sie noch genau so skrupellos wie damals. Diese verwerflichen Anschläge muß mit aller Energie entgegengetreten werden! Der Geist und der Mut der Vorkämpfer von 1907 im leuchtenden Vorbild und Beispiel. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten ist als Nachfolger des alten Steigerverbandes Bannerträger in diesem Kampfe.

Die Phrase.

Die Phrase schäumt, die Phrase schwirrt, Berauscht die lauschende Menge.

Das Hirn wird weich, es wird verwirrt, Darin der Gedanke dann flirrt und irrt Und schwirrt wie ein Spatz im Gefänge.

Die Phrase bläht sich wie ein Gerücht Und stelzt auf der Ekstase.

Sie schlägt der Logik ins Gesicht Und stellt die Wahrheit hinters Licht Und schillert als Seifenblase.

Die Phrase beseitigt auf einen Hieb Des Daseins Uebelstände. Sie bringt in Ordnung den Weltbetrieb, Verspricht auch jedem, was jedem lieb Und macht der Not ein Ende.

Die Phrase umschleiert den Verstand Mit wirrenden Nebelschwaden. Den Wirklichkeiten abgewandt, Leckt sie den Tor in Niemandsländ Zu seinem eigenen Schaden.

Victor Kailnowski.

Kamerad!

Die Bestrebungen unserer Organisation decken sich mit der Arbeit der Konsumgenossenschaften. Nach Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse ist nicht nur die gewerkschaftliche Organisation, sondern auch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft unbedingt erforderlich.

Schließe dich dem Konsumverein in deinem Bezirk an!

